

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Staatliche-Europa-Schule-Berlin – bewährten Schulversuch abschließen und Europaschulzentren schaffen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Schulversuch „Staatliche-Europa-Schule-Berlin“ abzuschließen und die Europaschulen als Schule besonderer pädagogischer Prägung gesetzlich zu verankern.

Ferner ist zu prüfen, wie eine Bündelung der verschiedenen Europaschulstandorte, die derzeit als Europaschulzüge in bestehenden Regelschulen laufen, in mehrere sogenannte Europaschulzentren überführt werden können, um Synergien zwischen diversen Europaschulen unter einem Dach zu erzielen. Hierzu ist im Benehmen mit den bezirklichen Schulträgern zu prüfen, ob und wie Schulstandorte bzw. Schulgebäude, die aufgrund der Schulstrukturreform aufgegeben werden müssen, für die Schaffung von Europaschulzentren genutzt werden können.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.09.2010 zu berichten

Begründung

Seit 1993 gibt es in Berlin die "Staatlichen-Europa-Schulen-Berlin" (SESB) als kulturübergreifende und sprachintensive Schulen. Es werden neun Sprachkombinationen angeboten und ca. 6000 Schüler besuchen die achtzehn Grundschulen und zwölf Oberschulen. Längst sind die Staatlichen Europaschulen ein Aushängeschild für die Internationalität des Berliner Bildungswesens. Der Senat schmückt sich immer gerne damit.

Es geht bei den Europaschulen um weit mehr als die Vermittlung von Sprache. Die Schüler lernen viel und intensiv über Länder und Kulturen. Das ist eine gute Investition in die Integration und die beste Voraussetzung für Toleranz und gegenseitiges Verständnis. Daher ist nicht nachvollziehbar, warum diese erfolgreichen Schulen immer noch als Schulversuch laufen.

Die Europaschulen haben auch Probleme. Bereits nach Klasse 4 beginnt oft der Abgang in Richtung Gymnasien. Nach Klasse sechs verstärkt sich diese

Tendenz. In den weiterführenden Europaschulen verbleiben letztlich nur knapp 1500 Schüler in Klasse 7 bis 13. Dies kann auch durch Seiteneinsteiger/-innen nicht ausgeglichen werden. Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass Europaschulen in der Regel nur als Züge in bestehenden Schulen geführt werden. Oft gibt es Reibungen und Kommunikationsprobleme, das Kollegium der Europaschulen wird häufig als „Fremdkörper“ innerhalb des Schulkollegiums gesehen. All diese Probleme stehen im Widerspruch zum ursprünglichen Gedanken der Europaschulen.

Warum schafft es der Berliner Senat nicht, den Erfolg dieser erfolgreichen Schulen nachhaltig zu sichern? Wie kann es sein, dass die Europaschulen immer noch als Schulversuch laufen und nicht im Schulgesetz verankert sind? Warum werden die Europaschulen mit der Problematik des Schülerschwunds sich selbst überlassen? Diese Unsicherheiten führen zu berechtigtem Unmut unter der Elternschaft, deren Kinder in letzter Konsequenz die Europaschulen verlassen. Dadurch wird ein bundesweit einzigartiges und hochgelobtes Schulprojekt gefährdet.

Bekanntlich werden im Zuge der Schulstrukturreform etliche Schulstandorte frei. Der Senat könnte diese Gelegenheit für die Europaschulen nutzen. Um dem europäischen Gedanken gerecht zu werden, könnten mehrere Europaschulzüge in verschiedenen Europaschulzentren, sozusagen unter einem Dach, zusammengefasst werden. Das Resultat wäre ein Europaschul-Campus, in dem sich verschiedene Sprachen, Kulturen und Traditionen begegnen. Diese Europaschulzentren wären ein idealer Ort für den Austausch und den Dialog. So würden auch viele Reibungsverluste vermieden, die aufgrund der derzeitigen Konstellation der Europaschulen als eigenständige Züge in bestehenden Schulen, entstehen. Die Synergien, die sich dabei ergeben, sind ein Reichtum und für die Attraktivität, sowie den Erfolg der Europaschulen von großer Bedeutung. Die Entwicklung der Europaschulen und Europaschulzüge hin zu sogenannten Europaschulzentren bietet auch die Chance, dem beschriebenen Schülerschwund entgegenzuwirken, indem ein klares interkulturelles Förderkonzept für die Schüler/-innen bis zum Abitur angeboten wird.

Berlin, den 23. Februar 2010

Pop Ratzmann Mutlu
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen